

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
Vorlage 16/4207 (Erläuterungsband)

hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 025, Titelgruppe 70

Vorsitzender Georg Fortmeier teilt mit, der Landtag habe in seiner Sitzung am 14. September dieses Jahres den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2017 in erster Lesung beraten und diesen zur Federführung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an die Fachausschüsse überwiesen.

In diesem Ausschuss seien der Einzelplan 14 und die Landesplanung (Titelgruppe 70) im Kapitel 02 025 im Einzelplan 02 zu beraten. Herr Minister Duin habe nun die Möglichkeit, in die Schwerpunkte des Einzelplans 14 für das kommende Haushaltsjahr einzuführen.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) berichtet wie folgt:

Es ist die vornehmste Aufgabe des Parlaments, sich mit dem Haushalt zu befassen. Deshalb freue ich mich, Ihnen den Einzelplan für mein Haus heute erläutern zu dürfen. Mit dem Haushalt 2017 legen wir fest, was wir im nächsten Jahr in Angriff nehmen oder fortführen wollen.

Es geht natürlich darum, dass Nordrhein-Westfalen ein starkes Land bleibt, dass NRW in Deutschland Gewicht besitzt.

Wir alle haben die Diskussion intensiv miteinander geführt: Im vorigen Jahr registrierten die volkswirtschaftlichen Statistiker von IT-NRW eine Schwächeperiode. Genauer gesagt, sie stellen in ihren Schätzungen kein Wachstum fest.

Mittlerweile sieht die Welt wieder etwas anders aus. IT-NRW meldet für das erste Halbjahr 2016 ein Wirtschaftswachstum von 2,1 % im Vergleich zu 0,3 % im ersten Halbjahr 2015. Nach Adam Riese sagt uns das: In Nordrhein-Westfalen hat auch die Dynamik wieder eine Heimat. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen können sagen, der Kurs stimmt.

Das heißt nicht, dass wir die Augen verschließen vor Problemen. Wir arbeiten hart daran, sie zu lösen. Eines dieser Probleme haben wir gerade intensiv besprochen. Sehr praktische Hinweise liefert uns dazu der Wirtschaftsbericht 2016, den die Landesregierung gestern verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Eine Analyse der NRW-Wirtschaft ohne Beschönigung, vorausschauende Strategien und konkrete Maßnahmen zeichnen den Bericht aus. Wir werden in der nächsten Woche im Landtags-Plenum dazu debattieren.

Ich bin froh, dass wir beschreiben können, dass wir auf vielen Feldern beachtliche Schritte vorangekommen sind. So steht der Arbeitsmarkt auf einem soliden Fundament. Noch nie hatten so viele Menschen eine feste Arbeit wie heute. Die Bundesagentur für Arbeit spricht von einem Beschäftigungsboom.

Gleichzeitig freut sich das Handwerk über ein Rekordjahr. Die Bauwirtschaft hat sich in NRW zuletzt sogar etwas besser entwickelt als im Bund. Last but not least ist die Tatsache, dass kein anderes Bundesland so viele Direktinvestitionen aus dem Ausland wie NRW verzeichnet, ein gutes Zeichen.

Ich sagte es gerade schon, trotz aller Erfolge gibt es Probleme. Ich sage gar nicht erst Herausforderungen, sondern es gibt Probleme. Wie könnte es anders sein. Darüber wird auch zu Recht gestritten. Die Landesregierung führte diese Diskussion selbst sehr offensiv mit den Akteuren aus dem Land. Unser Wirtschaftsbericht 2016 sieht sehr genau hin und analysiert eben auch differenziert.

Der wirtschaftliche Wandel ist in Nordrhein-Westfalen weit vorangeschritten. Dienstleistungen machen inzwischen über 70 % der Wirtschaftsleistung des Landes aus. Das Wachstum der Dienstleistungen geht im Gleichschritt mit dem Bundesdurchschnitt, zuletzt sogar leicht darüber. Etwa ein Viertel dieser Dienstleistungen wiederum sind sehr eng mit der Industrie verbunden und entwickeln sich mit ihr gemeinsam fort.

Unterdurchschnittliches Wachstum beobachten wir aber genau in der Industrie. Das lässt sich mit einem sehr großen Anteil einiger Grundstoffindustrien erklären, insbesondere der Grundstoffchemie und der Metallerzeugung, Stichwort Stahl. Sie befinden sich außerhalb des Landes in einer schwierigen Situation. Ebenso profitiert Nordrhein-Westfalen weniger stark von der Zugkraft des export- und technologieorientierten deutschen Automobilbaus.

Wir stellen auch fest, dass insbesondere diese Industrien, aber auch andere Teile der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, nach wie vor unterdurchschnittlich in Innovationen und Technologie investieren.

Damit es noch einmal klargestellt wird: Wir brauchen die Industrie. Ohne Industrie gäbe es viele Dienstleister nicht. Auch die kreativen Startups sind in vielen Fällen nichts ohne Industrie. Sie wissen, ich zitiere sehr gerne den Geschäftsführer von Phoenix Contact, Herrn Frank Stührenberg, der nach einer Reise ins Silicon Valley sagte: „Die Amerikaner haben das Internet, aber wir haben die Dinge.“ – Internet haben wir mittlerweile auch, aber wir haben auch – das ist der große strategische Vorteil – die Dinge. Es geht um das Zusammenbringen, die Transformation. Das geschieht, indem wir die digitale Transformation pushen und uns um die Industrie kümmern, wie wir das zum Beispiel mit unseren Industriepolitischen Leitlinien tun.

Diese Leitlinien haben wir in meinem Haus entwickelt. Seitdem diskutieren wir sie sehr kritisch und sehr offen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Verbänden und entwickeln sie weiter. Wir bekennen uns zur Industrie und ihrer Bedeutung für das Land. Sie dienen uns als Grundlage für künftiges Handeln. Wir werden die Industriepolitischen Leitlinien am 5. Dezember auf einem großen Kongress in ihrer endgültigen Version vorstellen.

Bei allen Erfolgen, es gibt einige Probleme, aber es gibt gerade deshalb keinen Grund, von unserer vorausschauenden Wirtschaftspolitik abzurücken.

Dazu gehört die digitale Transformation, die ganz oben auf unserer Liste steht.

Wir nutzen den digitalen Wandel dazu, die Standortvorteile Nordrhein-Westfalens in den drei Säulen Breitband, Digitalisierung und Industrie 4.0 weiter auszubauen.

Mit den sechs digitalen Hubs als Plattformen für die digitale Wirtschaft setzen wir Meilensteine. Weitere Stichworte sind die Allianz „Wirtschaft und Arbeit 4.0“ und das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0, in dem das Know-how der RWTH Aachen, des Fraunhofer-Instituts in Dortmund und des erfolgreichen Spitzenclusters „it's owl“ gebündelt wird.

Wir stärken ganz gezielt die Regionen, den Mittelstand und das Handwerk. Auf der Agenda für das kommende Jahr stehen insbesondere die Gründungsförderung und der Strukturwandel in Gebieten, in denen sich der Bergbau zurückzieht oder gerade erst verabschiedet hat.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Einzelheiten des Einzelplans 14.

Für die Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2017 liegen Ihnen der Entwurf des Einzelplans 14 und der dazugehörige Erläuterungsband vor. Die Gesamtausgaben unseres Einzelplans steigen gegenüber dem Entwurf des Zweiten Nachtragshaushalts 2017 um 267 Millionen Euro.

Wesentliche Ursachen für Mehrausgaben liegen in der

- Erhöhung der Landes-Kofinanzierung für den Breitbandausbau um 138 Millionen Euro,
- ferner im neu aufgelegten Strukturhilfeprogramm für die Steinkohlerückzugsgebiete, das für die Jahre 2017 bis 2020 ein Volumen von 30 Millionen Euro ausfüllt und für 2017 mit 6 Millionen Euro beginnt,
- dann in der Aufstockung des Bundes- und auch Landesanteils der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 9,5 Millionen Euro sowie
- in der Finanzierung der EU-Programme, die einen Mehrbedarf von 94,5 Millionen Euro fordern, davon 82 Millionen Euro aus EU-Mitteln und 12 Millionen Euro aus Landesmitteln
- und schließt 5,9 Millionen Euro für die Steinkohlebeihilfen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, bevor ich zum Sachhaushalt im Einzelnen komme, gebe ich immer den kurzen Hinweis, dass wir im Einzelplan 14 zwölf neue Stellen ausweisen, über die traditionsgemäß der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses beraten wird.

Meine Damen und Herren, einer der Schwerpunkte des Sachhaushalts liegt, wie eingangs dargelegt, in der digitalen Transformation, dem Zusammenspiel aus Digitalisierung, Breitbandausbau und Industrie 4.0.

Essenzielle Voraussetzung für die Digitalisierung ist der Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen für Unternehmen genauso wie für Bürgerinnen und Bürger. Neue Anwendungen der digitalen Transformation, wie das Internet der Dinge oder auch Industrie 4.0, Cloud Computing, E-Government, Web-TV oder E-Health, tragen zu einem massiven Anstieg des Datenvolumens bei.

Dabei hat der marktgetriebene Ausbau Priorität, den wir grundsätzlich als Aufgabe der entsprechenden Unternehmen ansehen. Der Kapitalmarkt lädt zudem mit günstigen Bedingungen ein, diesen marktgetriebenen Ausbau mit privatem Kapital zu finanzieren. Um nachhaltige Gigabit-Netze zu errichten, soll der Ausbau vorrangig in Form von FTTB- und FTTH-Anschlüssen erfolgen bzw. vorgesehen werden. Dies sichert zukunftsfähige Netze, die den Versorgungsbedarf langfristig decken, und vermeidet weitere zusätzliche Investitionen in den Fällen, in denen man sich zunächst für andere Anschlussarten entschieden hat.

Diese Überzeugungen haben wir in unserer Gigabit-Strategie zugrunde gelegt, die wir im August vorgestellt haben. Darin heißt es auch, dass – soweit kein marktgetriebener Ausbau stattfindet – die Verantwortung für die Erschließung von unterversorgten Gebieten in erster Linie bei den jeweiligen Gebietskörperschaften liegt. Die Landesregierung bietet hierfür Unterstützung durch Information, Beratung und Koordination an und fördert den Ausbau.

Kurzfristig gilt es, bis 2018 eine Breitbandversorgung mit einem Downloadvolumen von mindestens 50 Mbit/s zu schaffen. Dabei hat die glasfaserbasierte Versorgung von rund 3.000 Gewerbegebieten mit mehr als 50 Mbit/s im Up- und Download bis 2018 Priorität. Darüber hinaus soll bis 2026 NRW mit Glasfasernetzen flächendeckend versorgt sein.

Meine Damen und Herren, als erstes Bundesland haben wir im vergangenen Jahr eine Strategie für die digitale Wirtschaft mit sechs konkreten Maßnahmen vorgelegt. Mit einem Gesamtvolumen von 42 Millionen Euro in den Jahren 2016 bis 2021 geben wir ein starkes Signal für die digitale Wirtschaft.

Ich habe sie gerade schon kurz erwähnt, Meilensteine sind digitale Hubs als Plattformen für die digitale Wirtschaft. Vor der Sommerpause haben wir die sechs Standorte bekanntgegeben. Sie sind für uns eine der zentralen Schlüsselmaßnahmen in unserer Strategie zur digitalen Wirtschaft und daher von besonderer Bedeutung, damit NRW Digitalland Nummer Eins wird.

Durch die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Startups können die Hubs zum zentralen Wettbewerbsvorteil für die digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen werden. Wir gehen davon aus, dass die ersten Hubs im Oktober ihre Arbeit aufnehmen. Bis dahin fließt auch erstes Fördergeld. Das Land unterstützt die Hubs mit etwa 500.000 Euro jährlich pro Standort in den kommenden fünf Jahren. So kann die Digitalisierung noch einmal zusätzlich Fahrt aufnehmen.

Ich will auch noch einmal deutlich hervorheben, dass es richtig war, diese Hubs dezentral zu organisieren. Es ist durchaus bemerkenswert, wenn im Landtag gefordert wird, man hätte lieber einen großen zentralen Hub bauen sollen, man aber dann zu Hause in Aachen darüber jubelt, dass es doch dezentral gemacht wurde und

man – am vergangenen Wochenende konnte man das über drei Tage hinweg beobachten – damit ein ganz zentrales Pfund dezentral organisiert hat. Da hätte es wenig genutzt, ein großes Konstrukt in Düsseldorf oder Köln anzusiedeln.

Meine Damen und Herren, bei meinen Besuchen in den Regionen erlebe ich: Mittelstand und Industrie hören den Weckruf und befassen sich zunehmend mit der digitalen Transformation. Auch die Start-up-Szene hat sich positiv entwickelt. Neue oder expandierende Co-Workingspaces für Start-ups, zahlreiche erfolgreiche Exits für Start-ups (zum Beispiel Grünspär aus Münster oder Employour aus Bochum) und neue Veranstaltungsformate wie der RuhrSummit sind ein Indiz dafür, dass sich in NRW einiges bewegt.

Besonders gefreut hat mich, dass der Traditionskonzern Haniel im Frühjahr seine Digitaleinheit Schacht One in Essen eröffnet hat. Die Manager waren zuvor im Silicon Valley, in Tel Aviv, Berlin und Amsterdam und haben sich dann ganz bewusst für Essen entschieden. Das ist nur ein kleiner Beweis dafür, dass wir mit unserer Strategie zur digitalen Wirtschaft auf einem guten Weg sind und diesen fortsetzen werden.

Meine Damen und Herren, zur Bewältigung der strukturpolitischen Aufgaben stehen insbesondere das mit 30 Millionen Euro ausgestattete Programm für Strukturhilfen für Steinkohlerückzugsgebiete, darüber hinaus der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zur Verfügung.

Wir unterstützen alle Regionen, sich den strukturellen Aufgaben zu stellen. Wir stärken die Metropolregionen Ruhr und Rheinland, setzen auf Kooperation und Synergien zwischen den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr und den industriell geprägten ländlichen Gebieten, wie den westfälischen Mittelstands- und Wachstumsregionen im Südosten, Norden und Nordosten des Landes.

Um in den vom Steinkohlerückzug betroffenen Regionen die Folgen des Kohlerückzugs abzufedern und langfristig einen maßgeblichen Beitrag für die Standortsicherung und -entwicklung zu leisten, sind zusätzliche Maßnahmen und Projekte erforderlich. Beispielhaft ist die Emscher-Lippe-Region mit dem Prozess „Umbau 21“ zu nennen. Das Förderprogramm wird deutlich aufgestockt und bietet mit einem Bewilligungsvolumen von über 30 Millionen Euro für die nächsten Jahre eine solide Grundlage, um Impulse für Neues im nördlichen Ruhrgebiet und südlichen Münsterland setzen zu können.

Diese Mittel sind im Kapitel 14 730, Titelgruppe 70, verbucht. Im Kapitel 14 731 sind die Mittel aus den EU-Programmen „EFRE“ und „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“, auch unter dem Begriff „INTERREG“ bekannt, mit insgesamt 270 Millionen Euro, davon 55 Millionen Euro Kofinanzierungsmittel, und 215 Millionen Euro verbucht. Das sind insgesamt 95 Millionen Euro mehr als 2016.

Das operationelle Programm EFRE NRW „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung für die Jahre 2014 bis 2020“ ist das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung meines Hauses. Damit können bis Ende 2020 fast 2,5 Milliarden Euro an Investitionen getätigt werden.

Innovation prägt die vier Programmschwerpunkte von den Leitmarktwettbewerben über die Gründungs- und Mittelstandsförderung bis hin zum Klimaschutz und zur Prävention und Armutsbekämpfung in Städten. Die Verfahrensabläufe sind schneller geworden, aber – dazu wird im nächsten Jahr die sogenannte Midtermrevenue genutzt werden können – sie können noch weiter optimiert werden.

Neben dem landesweit zum Einsatz kommenden „EFRE“ ist die Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weiterhin ein weiteres wichtiges Wirtschaftsförderungsinstrument für die Regionen.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist für ausländische Unternehmen ein hoch attraktiver Standort. Das fDi-Magazin sieht unser Land an der Spitze der „europäischen Regionen der Zukunft“. Nordrhein-Westfalen bleibt die unbestrittene Nummer 1 für ausländische Investitionen in Deutschland.

Besonders ostasiatische Unternehmen fühlen sich bei uns ausgesprochen wohl. Wir sind seit vielen Jahren einer der wichtigsten Standorte Japans in Europa, aber auch für chinesische Investoren wird dieses Land immer attraktiver. Allein im Jahr 2015 haben sich 91 Unternehmen aus China in Nordrhein-Westfalen angesiedelt. Insgesamt bieten etwas über 900 chinesische Investoren rund 10.000 Beschäftigten Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Deshalb an dieser Stelle in beide Richtungen ein ganz herzlicher Dank an NRW.Invest, unserer eigenen Gesellschaft, aber auch an NRW.International.

Meine Damen und Herren, im Kapitel 14 730, Titelgruppen 71 und 72, stehen rund 2 Millionen Euro speziell für Belange des Mittelstands bereit. Der Mittelstand prägt das Wirtschaftsleben in Nordrhein-Westfalen. Er leistet einen ganz entscheidenden Beitrag für Wachstum, Beschäftigung, Qualifikation und Erneuerung der Wirtschaft. Mittelständler stehen selten im Rampenlicht, obwohl sie manchmal sogar Weltmarktführer sind. Die Mittelstandspolitik des Landes hat die Rahmenbedingungen für die Mittelständler zu verbessern. Dies gilt sowohl für bestehende Unternehmen als auch für neue Unternehmen und Gründer.

Bereits im Frühjahr 2013 haben wir die „Clearingstelle Mittelstand“ als unabhängige Stelle eingerichtet. Sie hat zuletzt die Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes auf seine Mittelstandsverträglichkeit hin untersucht und so die Kosten für die heimische Wirtschaft gesenkt. Ich glaube, dass wir das in der Diskussion im Ausschuss während einer der zurückliegenden Sitzungen, als wir mit Herrn Kirchhoff und Frau Jahn gesprochen haben, über die Fraktionsgrenzen hinweg bestätigt sahen.

Unternehmensgründungen haben eine ganz besondere Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. Sie geben der Wirtschaft neue Impulse. Bereits jetzt ist Nordrhein-Westfalen mit jährlich rund 67.000 gewerblichen Gründungen und einem bundesweiten Anteil von 22 % Gründerland Nummer 1. Hinzu kommen rund 20.000 freiberufliche Gründungen jährlich, bei denen vor allem Köln, Bonn und Düsseldorf im bundesweiten Vergleich ganz herausragende Hotspots bilden.

Um die erfolgreiche Förderung von Handwerk, freien Berufen und Genossenschaften fortführen zu können, hat die Landesregierung die Handwerksförderung auch 2017 wieder mit rund 4,4 Millionen Euro ausgestattet.

Die Erfolgsgeschichte der Handwerksinitiative begann 2011, als Landesregierung und Handwerk mit dem 9-Punkte-Plan ein Gesamtkonzept zur Zukunft des Handwerks verabredet haben. Sie vereinbarten, dass bestehende Maßnahmen mit neuen in ein gemeinsames Konzept eingebracht und gemeinsam fortentwickelt und auch gemeinsam finanziert werden.

Mit dem neuen Projekt der Zukunftsinitiative des Handwerks (ZIH) „Energieeffizienz und demografischer Wandel im Handwerk“ nimmt sich das Handwerk eines unserer politischen Ziele an.

Meine Damen und Herren, es freut mich, dass Sie im vergangenen Jahr die Einrichtung einer Enquete-Kommission beschlossen haben, die schon intensiv arbeitet und den wunderbaren Titel trägt „Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten – Qualifikation und Fachkräftenachwuchs für Handwerk 4.0 sichern, Chancen der Digitalisierung nutzen, Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit stärken“. Dafür danken wir sehr. Der Abschlussbericht wird zum Jahreswechsel fertig sein.

Um bereits im Haushaltsjahr 2017 mit der Umsetzung von Handlungsvorschlägen beginnen zu können, habe ich vorsorglich die Verpflichtungsermächtigungen erhöht. Dieser Ansatz ist zunächst gesperrt und bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags. Aber wir sind nicht nur gespannt, sondern gewappnet, um diese Dinge umsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einzelne Branchen hervorheben. Als erste ist das die Kreativwirtschaft. Sie ist das Scharnier zwischen Innovation und Industrie in NRW. Aber auch der Tourismus blüht. Seine Zeit als Nischenprodukt ist vorbei. Die aktuelle Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in NRW“ von DIW econ und der Fachhochschule Westküste beweist das sehr deutlich. Kreativwirtschaft und Tourismus finden wieder starken Niederschlag in unserem Etat.

Meine Damen und Herren, die Einführung in den Wirtschaftshaushalt setze ich gerne mit einem Blick auf Dienstleistungen, Handel und Logistik fort. Dienstleistungen sind Wachstumsträger für die Wirtschaft in NRW. Dienstleister haben im vorigen Jahr 72,1 % der Wirtschaftsleistung von NRW erwirtschaftet. Auch in Deutschland und im EU-Binnenmarkt machen Dienstleistungen mehr als 70 % der Wirtschaftstätigkeit aus.

Diese Dienstleistungen verändern sich durch die Digitalisierung grundlegend. Es entstehen neue Geschäftsmodelle und Unternehmen, zum Beispiel Smart Services mit daten- und dienstebasierten Leistungsangeboten, mobile Anwendungen, Online-Portale oder Sharing-Dienstleistungen.

Die digitale Transformation zum Beispiel des Einzelhandels ist ebenfalls eine große Aufgabe. Wir haben sie schon in der Vergangenheit begleitet, beispielsweise mit dem 1. eCommerce-Tag NRW. Doch Taten sind immer besser als Worte. So haben wir den Beschluss des Landtags über einen Projektaufruf „Digitalen und stationären

Einzelhandel zusammendenken“ sehr gerne aufgenommen und diesen Projektaufruf in sehr kurzer Zeit auch in die Tat umgesetzt.

Eine moderne und effiziente Logistik ist unabdingbare Grundvoraussetzung für unsere Unternehmen in Industrie, Dienstleistung und Handel. Der Leitmarkt Mobilität und Logistik gehört daher zu den Schwerpunkten der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik. Auch im kommenden Jahr werden wir weiter engagiert daran arbeiten, den Logistikstandort NRW voranzubringen. Die deutsche Nummer 1 sind wir bereits. Unser Ziel ist es, auch in Europa diesen Spitzenplatz zu erreichen.

Im April dieses Jahres haben mein Kollege Michael Groschek und ich das neue Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept NRW vorgestellt. Erstmals sind darin auch verschiedene Maßnahmenvorschläge enthalten, die explizit auf die Logistikwirtschaft abzielen.

Meine Damen und Herren, mit der Energiepolitik möchte ich die Einführungen in den Haushaltsentwurf 2017 schließen. Die Energiewende kommt gut voran. In 2016 hat die Bundesregierung zahlreiche wichtige Gesetze zur Weiterentwicklung des Strommarkts auf den Weg gebracht, so das Strommarktgesetz, das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017.

Die Landesregierung begrüßt diese Schritte. Wir wollen die Integration der erneuerbaren Energien, und wir wollen noch mehr Planungs- und Investitionssicherheit für die Wirtschaft, insbesondere für die energieintensive Wirtschaft. Deshalb bleibt die Leitplanke das energiepolitische Dreieck sicher, bezahlbar und umweltfreundlich. In diesem Sinne werden wir uns auch ganz intensiv in den kommenden Wochen und Monaten in die Diskussion zum Beispiel zum Klimaschutzplan der Bundesumweltministerin einbringen.

Meine Damen und Herren, so weit der erste Teil der Beratungen, die Einführung in den Entwurf des Einzelplans 14 für den Haushalt 2017. Auf die in der nächsten Sitzung dann anstehende Diskussion freue ich mich mindestens genauso wie auf den heutigen Vortrag. Auf das Ergebnis der Antragsitzung bin ich sehr gespannt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der GRÜNEN)

Vorsitzender Georg Fortmeier dankt für die Einführung in den Einzelplan 14. Üblicherweise finde eine Aussprache zu diesem Bericht erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses statt. Kurze Nachfragen seien aber in der heutigen Sitzung möglich.

Zum Bereich Landesplanung sei auf einen einführenden Vortrag verzichtet worden. Nachfragen zu diesem Bereich seien aber ebenfalls in der nächsten Sitzung des Ausschusses möglich.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) ist der Meinung, die Ausführungen seien sehr interessant gewesen. Jedoch habe er noch zwei konkrete Nachfragen. Er bitte zum einen zu erläutern, wie es zu den Mehreinnahmen in Höhe von 4,7 Millionen Euro bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gekommen

sei. Zum anderen bitte er darzulegen, weshalb die sächlichen Verwaltungsausgaben beim Programm „EFRE“ bei der Titelgruppe 61 von 3,7 Millionen Euro auf 11,8 Millionen Euro stark ansteigen.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen zu.

Hendrik Wüst (CDU) stellt fest, eine seiner Fragen erstrecke sich ebenfalls auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. 20 % der dafür vorhandenen Mittel seien für die alten Bundesländer vorgesehen, während 80 % dieser Mittel nach Bedarf über das gesamte Bundesgebiet verteilt würden. Anhand sehr unterschiedlicher Indikatoren würden auf der Basis der Arbeitsmarktzahlen Regionen bewertet. Nordrhein-Westfalen schneide in diesem Bereich schlechter ab, weil andere Länder sehr viel stärker geworden seien, weshalb dies zu Mehreinnahmen für NRW führe. Dies sei sein Versuch, die erste Frage des Dr. Paul zu beantworten.

In diesem Zusammenhang habe er aber die Frage, ob die von der Bundesebene zu vernehmende Information richtig sei, dass Nordrhein-Westfalen nur einen Anteil von 6,51 % bekommen werde, obwohl es möglich gewesen wäre, mehr zu beanspruchen. Darauf sei aber vonseiten der Landesregierung verzichtet worden, weil die Kofinanzierung nicht sichergestellt werden könne. Er bitte hierzu um eine Stellungnahme.

Zuvor sei im Bericht ausgeführt worden, der Einzelplan 14 sehe zwölf zusätzliche Stellen vor, während er 14 neue Stellen im Einzelplan 14 gefunden habe. Er bitte diese Differenz zu erläutern.

Aus seiner Sicht sei auch noch eine kurze Anmerkung zum Haushalt angebracht. Aus seiner Sicht wäre der Hinweis nicht schädlich gewesen, dass eine Erhöhung der Mittel für die Wirtschaftsförderung im Umfang von 130 % vorgesehen sei. Allerdings erstrecke sich der größte Teil auf die Kofinanzierung. In diesem Bereich fehlten aus der Sicht der Fraktion der CDU eigene signifikante Anstrengungen. Darauf werde aber noch an anderer Stelle einzugehen sein.

Im Zuge der Vorstellung des Einzelplans 14 sei auch der Wirtschaftsbericht 2016 angesprochen worden. Dazu wolle er nur einige kurze Anmerkungen machen, um den für heute verabredeten Rahmen nicht zu sprengen.

Nachdem der Wirtschaftsminister wochenlang argumentiert habe, bei dem Null-Wachstum handle es sich nur um eine Prognose, die keinerlei Aussagekraft habe, obwohl diese auf den Zahlen eines kompletten Jahrs basiere, nutze dieser nun die Zahlen von zwei Quartalen als Argument für eine große Kehrtwende. Dies sei eine interessante Vorgehensweise, die aber doch nicht so ganz funktioniere, wenn er sich die Pressemeldungen ansehe. Das Wachstum in Nordrhein-Westfalen liege immer noch 10 % unter dem Bundesdurchschnitt. Auch müsse der Wirtschaftsminister eingestehen, dass die Industrie zurückfalle. Zugleich habe Nordrhein-Westfalen ein Problem beim Export.

Zuvor sei vom Wirtschaftsminister das Handwerk erwähnt worden, aber besondere Ausführungen zum Handwerk seien im Wirtschaftsbericht 2016 nicht zu finden. Damit wolle er aber die Leistungen des Handwerks nicht schmälern.

Der Wirtschaftsbericht 2016 enthalte viele gute Aussagen, aber viele davon seien nicht neu. Wenn aber jetzt vom Wirtschaftsminister über Pressemitteilungen versucht werde, den Eindruck zu erwecken, die Situation in Nordrhein-Westfalen sei überall sehr gut, sei dies eine Vorgehensweise, die gelegentlich auch im Hinblick auf die Breitbandversorgung und den Haushalt zu beobachten sei, nämlich dass übertrieben werde und ein Vergleich teilweise blamabel ausfalle. Vor diesem Hintergrund frage er, ob der eingeschlagene Kurs, außer bei einigen Themen, an denen immer gearbeitet werden müsse, insgesamt stimmig sei, ob eine Änderung vom Nullwachstum zu einem Wachstum, das immer noch unter dem Bundesdurchschnitt liege, vorgenommen worden sei oder ob die Kurswende nur darin bestanden habe, auf den Koalitionspartner zu schimpfen. Bisher habe er nämlich noch keine rote Linie erkennen können. Gelegentlich habe er den Eindruck, Herr Duin ringe mit dem Minister. Eine klare Botschaft sei bisher nicht erkennbar.

Wenn ein kritischer Herr Duin richtig sei, stelle sich die Frage nach einem Umsteuern. Im Hinblick auf Herrn Kirchhoff stelle sich die Frage nach einem Regulierungsstopp, während sich im Hinblick auf Herrn Kersting die Frage nach neuen Zielen stelle, die natürlich einer Analyse zu unterziehen seien. Nach einer Analyse müsse zwangsläufig überlegt werden, welche Konsequenzen zu ziehen seien. Wenn der kritische Herr Duin und nicht der schönfärberische Herr Duin recht haben sollte, müssten jetzt neue Themen aufgeworfen werden. Darüber sei er gerne bereit, an geeigneter Stelle zu diskutieren.

Heute sei die Diskussion zum Thema Hebesätze eröffnet worden. Im Zuge des nächsten Plenums bestehe für den Wirtschaftsminister die Gelegenheit, sich dazu zu äußern, weil bereits gestern innerhalb der Fraktion der CDU zu diesem Thema ein Antrag beschlossen worden sei. Auf diese Debatte freue er sich.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) verzichtet auf eine Kommentierung des Großteils der Ausführungen seines Vorredners, weil dafür an anderer Stelle noch Gelegenheit sei.

Der Wirtschaftsbericht 2016 enthalte zum Thema Haushalt und Steuern die klare Aussage, dass Nordrhein-Westfalen bei der Gewerbesteuer am oberen Ende der Möglichkeiten liege. Deshalb würden sich das Innenministerium, Finanzministerium und Wirtschaftsministerium zu einer Runde zusammenfinden, in der sich diese mit allen damit zusammenhängenden Fragestellungen auseinandersetzen würden. Dies und nichts anderes habe er auch gestern im Zuge der Landespressekonferenz zum Ausdruck gebracht. Die Interpretation, er habe auch über den kommunalen Stärkungspakt gesprochen, könne auch nach Betrachtung des auf der Landespressekonferenz aufgenommenen Videos nicht bestätigt werden. Es freue sich darauf, in Zusammenarbeit mit den beiden anderen Ressorts das Thema Gewerbesteuersätze zu diskutieren. Eine darüber hinausgehende Interpretation entbehre aber jeglicher Grundlage.

Dies zur Klarstellung für den Personenkreis, der an der gestrigen Landespressekonferenz nicht teilgenommen habe.

Der Wirtschaftsbericht 2016 beschönige nichts, aber genauso wenig verschleierte er etwas. Vielmehr enthalte er eine ehrliche Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation in Nordrhein-Westfalen. Gerne könne darüber gestritten werden, welche Schlussfolgerungen aus dieser Analyse zu ziehen seien.

Ein Wachstum von 2,1 % sei für ihn kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen oder in großen Jubel auszubrechen, aber er könne nicht akzeptieren, wenn sein Vorredner die Debatte auf der Grundlage eines Nullwachstums führe und dann ein Wachstum von 2,1 % kleinrede und dieses lediglich als Prognose darstelle. Im März nächsten Jahres würden dann Zahlen vorgelegt, die das gesamte Jahr 2016 umfassten. Dann könne sich mit diesen Zahlen auseinandergesetzt werden.

In seinem Bericht habe er die bestehenden Probleme beschrieben und die Lage in der Industrie herausgearbeitet. Durch industriepolitische Leitlinien habe er schon im Vorfeld deutlich gemacht, wie eine Besserung der Situation erreicht werden solle. Insofern bestehe kein Nachholbedarf. Aus seiner Sicht sei es ein gutes Signal für Rheinland-Pfalz, beim Wachstum im Ländervergleich nicht mehr auf Platz 16, sondern auf Platz 8 zu liegen. Dies verbinde er zugleich mit der Aussage, dass die Landesregierung mit Platz 8 nicht zufrieden sei, sondern sie wieder einen Platz in der Spitzengruppe anstrebe. Die erfordere eine vorausschauende Wirtschaftspolitik. Wie diese vorausschauende Wirtschaftspolitik aussehen solle, sei im Haushalt für das Jahr 2017 niedergelegt worden.

Vorsitzender Georg Fortmeier schließt die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Seine Rede habe Herr Minister Duin bereits vorab digital zur Verfügung stellen lassen. Insofern sei es innerhalb der Fraktionen möglich, sich rechtzeitig auf die Beratung des Haushalts 2017 in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorzubereiten.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache
16/12500 – wird vertagt.



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

74. Sitzung (öffentlich)

28. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Helmut Röhrig

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung: 5

1 Aktuelle Viertelstunde: 7

Thema: Drohende Arbeitslosigkeit von mehr als 1.000 ehemaligen Opelern nach Auslaufen der Transfergesellschaft Ende 2016

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz
2017)** 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500
Vorlage 16/4207 (Erläuterungsband)

hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 025, Titelgruppe 70

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache
16/12500 – wird vertagt.

3 Kulturelle Vielfalt als wirtschaftlichen Erfolgsfaktor nutzen 27

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11427
Ausschussprotokoll 16/1318

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen
– Drucksache 16/11427 – wird vertagt.

4 Mehr Freiheit und weniger Bürokratie bei Ladenöffnungszeiten am Sonntag 34

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12351

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP –
Drucksache 16/12351 – mit den Stimmen der SPD und der
Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der
CDU und der Piraten ab.

5 Einführung einer bedarfsgerechten Befuerung von Windkraftanlagen 38

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12830

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses
geschoben.

6 Unabhängiges Gutachten zur Kostenschätzung der gesamten Folgekosten der Braunkohle 39

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12842

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung zum Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/12842 – durchzuführen. Auf einen Termin für die Anhörung werden sich die Obleute der Fraktionen am Rande des Plenums in der nächsten Woche verständigen.

7 Fortschritte durch Industrie 4.0 für NRW gestalten – Investitionen und Innovation für gute Arbeit fördern 40

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12853

Der Ausschuss kommt überein, Sachverständige hinzuzuziehen und den Tagesordnungspunkt dann zu Beginn einer normalen Ausschusssitzung zu behandeln.

8 Generalangriff auf freie WLAN-Netzwerke stoppen: Verschärfung der Störerhaftung muss verhindert werden 41

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8110

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der Piraten – Drucksache 16/8110 – ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu schieben.

9 Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11154 – Neudruck
Ausschussprotokoll 16/1306

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/11154 (Neudruck) – mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piraten zu.

10 Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AÖR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AÖR) 46

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12313

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/12313 – mit den Stimmen der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der Piraten zu.

11 Verschiedenes 47

* * *